

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. (incl. Post), bei Vorbestellung 1,50 RM. Inländische Bestellungen. Einzelnummern 10 Kops. Alle Postanstalten, Postträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, insbesondere bei Unmöglichkeit der Lieferung oder Abgang des Bezugspreises, — Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 5 Zeilen Raumzeit 20 Kops., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Kops., die 3-spaltige 30 Kops., die 2-spaltige 20 Kops., die 1-spaltige 10 Kops. Nachweisungsgebühr 20 Kops. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: die 5 Zeilen Raumzeit 20 Kops., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Kops., die 3-spaltige 30 Kops., die 2-spaltige 20 Kops., die 1-spaltige 10 Kops. Nachweisungsgebühr 20 Kops. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: die 5 Zeilen Raumzeit 20 Kops., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Kops., die 3-spaltige 30 Kops., die 2-spaltige 20 Kops., die 1-spaltige 10 Kops. Nachweisungsgebühr 20 Kops. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 205 — 91. Jahrgang      Telegr.-Nr.: „Amisblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postbez.: Dresden 2640      Donnerstag, den 1. September 1932.

## Erwachender Unternehmungsggeist.

Wie jedes Sprichwort, so enthält auch das „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg“ bestenfalls eine halbe Wahrheit. Ebenso wie „frisch gewagt“ eben nur „halb gewonnen“, mithin auch halb verloren sein kann! Aber wenn ein Weg gezeigt wird, so kann man heute angesichts des Aufbauplanes der Regierung Papen eher vielleicht sagen, daß ein e i s e r n e s M u ß doch wohl der deutschen Wirtschaft diktiert wird, diesen Weg zu beschreiten. Wir sehen zur Zeit keinen andern und man hat von dazu befähigter oder befähigter Seite auch keinen andern vorgeschlagen. Diese Erkenntnis kann und wird aber auch dazu führen, daß aus jenem „Muß“ eine freie Willensentscheidung wird, daß dann auch der Wille da ist, jenen Weg zu gehen.

Man spricht heute so viel — übertrieben viel — von einem „Sterben des Kapitalismus“ oder behauptet zum mindesten, daß dieses Wirtschaftssystem „auf der ganzen Linie verjagt“ hat. Wie weit das richtig und falsch ist, erübrigt sich in einem Augenblick erörtern zu werden, da es gar nicht mehr darauf ankommen kann, die „Sünden der Vergangenheit“ zum Gegenstand unzeitgemäßer Betrachtungen zu machen. Handelt es sich doch jetzt für unser Wirtschaftssystem nur darum, den Beweis dafür anzutreten, ob der Kern dieses Systems, sein Träger über die zerstörenden Kräfte der Weltkrise herübergerettet worden ist oder nicht, nämlich die Initiative und die Energie des Unternehmungsggeistes, besser gesagt: des Arbeitgebers.

Nicht auf ein „Sich-retten-lassen“, sondern auf ein „Sich-retten“ will der Weg hinführen, den die Regierung Papen der Wirtschaft vorgezeichnet. Ihre Aufgabe will — und soll es nur sein, die schwersten Hindernisse aus diesem Weg zu räumen, ihn für die Initiative einer sich aufräufenden Wirtschaft einigermaßen freizumachen. Ihn glatt wie eine Asphaltstraße zu ziehen ist allerdings nicht möglich für einen Staat, dessen Kräfte selbst so furchtbar zermürbt sind, daß man sich selbst immer wieder über das Vorhandensein von Kräftekräften wundern muß. Gewiß wird das Wiedereintreten einer wirtschaftlichen Initiative, das „Sich-retten-wollen“, und vom Zustand her nicht leicht gemacht. Man hat draußen doch einige Verbesserungen vor dem deutschen Unternehmungsg- und Unternehmungsggeist, und nicht darum Bindungen und Fesseln aus, die man sich früher anlegen konnte und die wir immer noch nicht ganz abzustreifen vermochten. Erinnert sei an die Zinslasten, von denen auch der Kanzler in seiner Rede sprach, und wenn er dann hinzufügte, daß die Reichsregierung „selbstverständlich die Diskontierung durchsetzen“ werde, so ist das eine Zusage, deren Erfüllungsmöglichkeit leider nicht von uns allein abhängt, sondern die einen starken „politischen“ Einschlag aufweist.

Immerhin sind und werden doch durch den Aufbauplan die allerersten Anstrengungen gemacht, um die Lasten und Schwierigkeiten für die Wirtschaft und die Wirtschaftenden auf der Arbeitgeberseite zu erleichtern. Auf noch mehr zu warten und deswegen die Hände in den Schoß zu legen, würde den Plan und den Weg zerstören. Wir können nicht stehenbleiben, wenn die andern Volkswirtschaften wieder vorwärtszuschieben versuchen, weg von dem Punkte, der die tiefste Depression bedeutet und den überwunden zu haben heute die Weltwirtschaft zu glauben beginnt. Und so wird auch die deutsche Wirtschaft zeigen müssen, ob in ihr noch Unternehmungsggeist steckt, ob sie also wert ist, von einem Vegetieren zu neuem Leben sich emporzuarbeiten.

Nicht zum Wirtschaften nur um des Wirtschaftens willen will und soll aber Papens Aufbauplan führen, sondern zu einem Wirtschaften um des Menschen, des Arbeitnehmers willen. Den Millionen Arbeitsloser sollen wieder Lebensraum, Betätigung, Existenzgrundlage neu geschaffen werden in und mit der Wirtschaft. Um dieser Arbeitslosen willen wird von denen, die noch Arbeit haben, nun noch verlangt, daß sie zusammenrücken, um Platz zu machen für einen Teil der aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen. Für ein Jahr sollen sie verzichten auf gewisse bisher bestehende Tarifrrechte, ohne daß aber an sich das System des Tarifvertragswesens zerstört wird oder werden soll. Viel ist schon im Laufe der Krisenzeit freiwillig, aus Solidaritätsgesühl gegenüber den vom Schicksal benachteiligten Arbeitsgenossen geschehen. Kurzarbeit, „Arümpersystem“, Kampf gegen das Doppelverdienstverbot, Lohnkürzung bis fast zum Existenzminimum herunter kennzeichnen diesen Weg. Aber leider stand auch mancher Buchstabe dem Wirken des Geistes hindernd entgegen, der durch bittere Not dazu geführt wurde, nicht mehr mit sozialen Einrichtungen, sondern mit der häufig so unsozialen Wirklichkeit rechnen zu müssen und auch rechnen zu wollen. Wenn jetzt solche Hindernisse auf Jahresfrist beseitigt werden sollen, so wäre es Ausfluß härtester sozialer Gerechtigkeit, im Hinblick auf das Ziel der Wiedereinstellung der Arbeitslosen sich nicht gezwungen, sondern innerlich freiwillig und aus Überzeugung sich dieser Notwendigkeit zu beugen.

Ja, der Notwendigkeit, — denn das Muß, als Rettung vor dem Chaos den uns jetzt vorgezeichneten Weg zu gehen, ist heute im Goethe'schen Sinne unter aller „Pflicht“, ist die Forderung des Tages.

## v. Papens Kampf mit dem Reichstag.

### Der erste Vorstoß des Reichstages.

Auf die telegraphische Bitte des neuen Reichstagspräsidenten, des Nationalsozialisten Göring, an Hindenburg, das neue Reichstagspräsidium sofort in Reuders zu empfangen, hat Hindenburg alsbald geantwortet. Er dankte für die Mitteilung von der Bildung des Präsidiums, bat jedoch, von einem Besuch in Reuders abzusehen, er wolle das Reichstagspräsidium nach seiner Rückkehr nach Berlin in der nächsten Woche empfangen. Hindenburg schloß seine Antwort mit dem üblichen Glückwunsch für die Geschäftsführung. Der genaue Zeitpunkt für die Rückkehr des Reichstagspräsidenten steht noch nicht fest.

Bisher war es üblich, daß der Reichspräsident das Präsidium eines neuen Reichstages nicht sofort nach der Wahl, sondern erst später empfing. Der Wunsch des Reichstagspräsidenten Göring nach sofortigem Empfang entsprang

#### politischen Absichten.

Der neue Präsident wollte im Einverständnis mit dem Zentrum dem Reichspräsidenten bei dieser Gelegenheit vortragen, daß sich im Reichstag eine Mehrheit gebildet habe, und daß infolgedessen das Kabinett Papen zurücktreten müsse. Der Reichspräsident hat es aber nicht für zweckmäßig gehalten, jetzt diesen Vortrag entgegenzunehmen, nachdem er eben erst dem Reichskanzler v. Papen Vollmachten zur Durchführung seines Aufbauprogrammes gegeben hat. Er hat deshalb den Empfang verschoben. Der Ausgang dieser Aktion des Reichstagspräsidenten Göring war zu erwarten. Der Reichspräsident hat ja klar seinen Wunsch zu erkennen gegeben: er will, daß

v. Papen mit seinem Programm vor den Reichstag tritt. Es ist kaum anzunehmen, daß der neue Reichstag es wagt, die Entgegennahme einer Erklärung des Kanzlers abzulehnen. Wann sich der Kanzler dem Reichstag stellt, steht noch nicht fest, wahrscheinlich erst in der zweiten Hälfte der nächsten Woche. Zunächst wird die Reichsregierung die Notverordnung zur gesetzlichen Durchführung ihres wirtschaftlichen Wiederaufbauprogrammes fertigstellen. Sofort nach der Rückkehr aus Reuders haben die Beratungen des Reichskabinetts darüber begonnen. Man hofft bis Ende der Woche fertig zu werden, so daß am Montag, spätestens am Dienstag,

die Notverordnung der Öffentlichkeit übergeben werden kann. Sie wird auch dem Reichstag zugestellt werden und der Reichskanzler wird sie vor dem Parlament vertreten. Was dann weiter geschieht, wenn der Reichstag diese Notverordnung und damit das vom Reichspräsidenten gebilligte Programm Papens ablehnt, weiß noch niemand. Wohl hat Herr v. Papen die Vollmacht, den Reichstag in diesem Fall aufzulösen, ob er aber davon Gebrauch macht, hängt von den Umständen ab. Verschiedentlich ist in der Öffentlichkeit die Meinung geäußert worden, Herr v. Papen habe bei seinem Besuch in Reuders vom Reichspräsidenten eine Art Blankovollmacht für sein weiteres Handeln erhalten. Dies entspricht nicht den Tatsachen, der Reichskanzler wird — so wird an den zuständigen Stellen ausdrücklich versichert — über alle Einzelentscheidungen laufend mit dem Reichspräsidenten in Verbindung bleiben. Es gilt übrigens nicht für ausgeschlossen, daß nach den Erklärungen des Kanzlers im Reichstag

#### noch einmal ein letzter Versuch

gemacht wird, in Verhandlungen mit dem Zentrum und den Nationalsozialisten diese beiden Parteien von einer glatten Ablehnung des Programmes abzubringen. Wobei allerdings die Reichsregierung kaum daran denken wird, den beiden Parteien die Staatsgewalt zu überlassen. Herr v. Papen steht auf dem Standpunkt, daß eine Zusammenarbeit dieser beiden Parteien nicht die Gewähr für die notwendige schnelle Verwirklichung des Aufbauprogrammes biete. Er hat diese Auffassung auch in Reuders vertreten und damit die Zustimmung Hindenburgs gefunden. Es verlaute übrigens, daß die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten wieder stärker in Fluss gekommen seien, sie spielen sich immer noch hinter festverschlossenen Türen ab.

#### Die Beurteilung des Wirtschaftsprogramms.

In Kreisen der Reichsregierung wird mit Befriedigung verzeichnet, daß das vom Reichskanzler in Münster angekündigte Wirtschaftsprogramm nicht nur in Deutschland ziemlich weitgehende Zustimmung gefunden habe, sondern daß auch in einem sehr großen Teil der Auslandspresse die Pläne der Reichsregierung als erfolgversprechend hingestellt wurden.

### Das neue Reichstagspräsidium.

#### Reichstagspräsident Göring.

Der neue Präsident des Reichstages, Hermann Wilhelm Göring, gehört dem Reichstag seit 1928 an. Er ist im Wahlkreis Potsdam I gewählt worden. Er wurde am 12. Januar 1893 in Rosenheim (Oberbayern) geboren und ist evangelischer Konfession. Er besuchte die Gymnasien in Fürth und Ansbach sowie das Kadettenkorps Karlsruhe und die Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde. Nach Ablegung der Reifeprüfung wurde er 1912 Leutnant, um nach Kriegsausbruch als Bataillonsadjutant an Schlachten in Frankreich teilzunehmen. Nach längerer Tätigkeit als Beobachter und Jagdflieger war Göring vom Mai 1917 als Staffelführer einer Jagdstaffel und in den letzten Kriegsmomenten Kommandeur des Jagdgeschwaders von Nidderhosen. Als Hauptmann nahm er aus dem Heeresdienst seinen Abschied. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Flugberater im dänischen und schwedischen Flugwesen besuchte er die Universität München und hielt sich eine Zeitlang in Rom zum Studium der dortigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf. Seit 1930 ist Göring politischer Beauftragter Hitters in Berlin. In Ansehenszeichen erhielt er u. a. den Orden pour le mérite, das Ritterkreuz des Hohenzollernordens mit Schwertern, das Eisene Kreuz I. und II. Klasse und das Verwundetenabzeichen.

#### Esser, Graf und Raub.

Der erste Vizepräsident Thomas Esser, Zentrumsgesandter aus dem Rheinland, gelernter Buchdrucker, Teilhaber einer Druckerei und Leiter der Gewerkschaft in Guskirchen, hat als Mitglied des Reichsparteivorstandes das Amt des Vizepräsidenten schon im Reichstag bekleidet, dem er seit 1921 angehört.

Ebenso ist der zweite Vizepräsident Walter Graf (Deutschnational) seit 1925 Mitglied des Reichstages. Er stammt aus Thüringen, wo er Landgerichtsdirektor am Landgericht Weiningen ist.

Der dritte Vizepräsident Raub von der Bayerischen Volkspartei ist im Zentralvorstand des Volksvereins für das katholische Deutschland. Als Stadtrat der Stadtgemeinde München wurde er 1923 in den Reichstag gewählt.



Das neue Reichstagspräsidium.

Ein Bild des neu gewählten Präsidiums des Reichstages (von links): Zweiter Vizepräsident: Graf (Deutschnationale Volkspartei) — Präsident: Hauptmann Göring (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) — Erster Vizepräsident: Esser (Deutsche Zentrumspartei) — Dritter Vizepräsident: Raub (Bayerische Volkspartei).

### Die Ausschüsse tagen.

Im Reichstag halten die Mitglieder von vier Ausschüssen, nämlich des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung gegenüber der Reichsregierung, des Auswärtigen Ausschusses, des Geschäftsordnungs- und des Haushaltsausschusses ihre ersten Sitzungen ab. Den Vorsitz im Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung übernimmt der bisherige Reichstagspräsident Löbe. Von den 28 Ausschussmitgliedern entfallen auf die Nationalsozialisten 11, auf die Sozialdemokraten 6, auf Zentrum und Kommunisten je 4, auf die Deutschnationalen 2 Sitze und auf die Bayern ein Sitz. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses blieb der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Fried. Der Ausschuss zählt ebenfalls 28 Mitglieder. Im Geschäftsordnungs- und Haushaltsausschuss hat den Vorsitz der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt. Dieser Ausschuss zählt 35 Mitglieder. Die Nationalsozialisten bekommen 14, die Sozialdemokraten 8, das Zentrum und die Kommunisten je 5, die Deutschnationalen 2 Sitze und die Bayerische Volkspartei einen Sitz.